Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 8 (1928-1929)

Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

neter staatlicher Verhältnisse. Das sind Aussichten, die uns erschrecken können. Was dagegen getan werden kann, will ich nicht weiter erörtern. Ich wollte nur auf die Gefahren aufmerksam machen, die uns drohen, und an deren Erkenntnis es noch in weiten Areisen zu sehlen scheint. Ist man sich einmal darüber klar, so kann man auch über die Gegenmittel reden. Einstweisen haben wir nur das Kino, das wir verdienen und in dem unser eigener unruhiger, sensationslüsterner, protiger, eitler und unreiner Kinogeist auf die Flimmerwand geworfen wird. Verlangen wir Bessers, so werden wir auch Bessers sehen.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

"Mißstimmungen aus der Kriegszeit". — Banfrott der Parteipolitif. — Der Rudweg zur Bolitif.

Mit den Worten "Mißstimmungen aus der Kriegszeit" (N. 3. 3.), "neues Besen der Nachkriegszeit", "Umstellung der Geister" (Baterland) bezeichnet man in der deutschen Schweiz die unleugbare Tatsache einer veränderten Ginftellung bes Großteils ber tonangebenden Belichschweizer zum schweizerischen Staat seit dem Weltkrieg. Von Welschschweizern selbst ist bei Anlaß der Behandlung der Borlage für das neue Strafgesethuch im Nationalrat vom März d. J. diese Tatsache so gekennzeichnet worden: "Das waadtländische Volk hat 1898 mit 17,000 gegen 2000 Stimmen der Rechtsvereinheitlichung zugestimmt. Heute ware seine Meinung eine wesentlich andere. Es mißtraut heute allem, was ihm der Gesetzgeber von Bern aus vorlegt" (Ballotton, Baabt, radital). "Die Strafrechtsvereinheitlichung ift eine Wefahr für bie Butunft bes Landes. Unser Land ift mannigfaltig geschaffen worden. Es ist gar nicht nötig, den Kantonen einen Teil ihrer Souveranität und ihrer Freiheit zu rauben" (De Meuron, Baabt, liberal). Ober Chefrebaktor Georges Rigaffi hat in ber "Gazette de Lausanne" beim gleichen Anlaß geschrieben: "Während der dreißig oder vierzig Jahre seit 1898 hat die eidgenössische Politik ihre Richtung vollskändig geändert. Die zentralistische und vereinheitslichende Bewegung hat heute nicht mehr die Freiheit zum Ziele, sondern die Macht, eine immer größere Macht. Die Zentralisation hat aufgehört, liberal zu sein und ist zentralistisch geworden. Seute kann man unmöglich mehr zugleich liberal und zentralistisch sein"; ober in einem anderen Artikel: "Ein schweizerisches Strafgesethuch bringt den Zwang der Mehrheit, und seine Einführung wird unvermeidlicherweise zur Folge haben, daß bie welsche Minderheit vor der deutschen Mehrheit — und vielleicht auch die katholische Minderheit vor der protestantischen Mehrheit — abbanfen muß."

Vor dreißig Jahren empfand man in der Baadt in dieser Hinsicht wesentlich anders. So befürwortete 1898 der Waadtländer Boiceau, ebenfalls Liberaler, die Rechtsvereinheitlichung mit den Worten: "Die Vereinheitlichung des Rechts ist eine Notwendigkeit, die sich wegen der Mehrheit der Rassen, der Sprachen und der Religionen unseres Volkes aufdrängt. Um das Nationalgefühl im Volke zu festigen, gibt es kein stärkeres Mittel als die Vereinheitlichung des Rechts." Damit ist wohl der wesentliche Unterschied von vor dreißig Jahren und heute ausgezeigt. Damals strebte man

auch in der welschen Schweiz (auch Genf wies 7100 annehmende und nur 1500 verwerfende Stimmen auf) die Rechtsvereinheitlichung an, gerade weil man barin u. a. ein Mittel jah, die Unterschiede der Raffen, Sprachen und Religionen im staatlich-rechtlichen Zusammenleben zu überwinden. "Es gibt zur Festigung des Nationalgefühls im Bolt fein stärkeres Mittel als die Bereinheitlichung des Rechts," hieß es da. Heute sieht man in der Rechtsvereinheitlichung eine Gesfahr für die Zukunft des Landes (de Meuron); sie ist für uns der Keim zur Trennung (Perrier); sie bedeutet eine Abdankung der welschen Minderheit vor ber deutschen Mehrheit (Rigasii). Das ist eben der springende Punkt: vor breißig Jahren wollte man in erfter Linie bas gemeinsame Baterland. Beute denkt man zuallererst daran, daß man Welsch schweizer ist, Zugehöriger des französischen Sprach- und Kulturbereichs. "Es gibt sicherlich nur wenige Waadtländer, nur wenige Welsch schweizer, die nicht instinktmäßig die gewaltige Tragweite der Frage ermessen, die mit der Rechtsvereinheitlichung gesstellt ist" (Rigassi). Was man früher als Förderung und Stärkung des eidsgenössischen Staatsgefühls begrüßte und befürwortete, wird heute als Anschlag auf die Sonderart der sprachlichskulturellen Minderheit dargestellt. "Der Grunds gedanke der Unhänger dieser neuen Bereinheitlichung ist ber, unsere Sitten und Anschauungen badurch zu ändern, daß sie uns die ihrigen aufer= legen. Gie folgen unbewußt einem Beift der Nachahmung. Gie stellen fest, daß Deutschland ein einheitliches Strafgesethuch besitt. Aber was vielleicht gut ist für ein großes Land, ist es nicht notwendigerweise auch für ein kleines" (Bierre Grellet in der "Gazette de Laufanne").

Die Schöpfer des neuen Strafrechts, die ja nur ausführen, was das Volk vor dreißig Jahren mit 267,000 Ja gegen 102,000 Nein und 16½ gegen 5½ Kantonen bereits beschloß, werden sich dafür bedanken, mit ihrer Arbeit nur fremder Anregung und fremdem Vorbild gefolgt zu sein. Sie werden sich aber auch dagegen verwahren, daß als Grundgedanke dabei sie die Vergewaltigung einzelner Landesteile geleitet habe. Es haben am vorliegenden Entwurf gleicher-weise Vertreter aller Landesteile mitgearbeitet. Im übrigen müssen alle ein gewisses Opfer bringen, wenn es zu einem gemeinsamen Werk kommen soll. Aber dieser Wille zum Gemeinsamen ist eben heute da und dort, wenn auch nicht ganz verschwunden, so doch nur noch in bedingtem Waß vorhanden. Man bejaht den Gesamtstaat nur noch, sosern er für die Erhaltung und Entfaltung der nationalen Sonderart kein Hindernis ist. Was praktisch sast auf seine Verneinung hinausläuft.

Chefredaktor Rigassi behauptet, das Biel der eidgenössischen Politik sei heute nicht mehr wie vor dreißig Jahren, die Freiheit, sondern die Macht. Wenn das heißen soll, daß heute die deutsche "Mehrheit" über die romanische "Mindersheit" Machtansprüche zu erheben versuche, so ist das vollständig falsch. Nationale Mehrheit und Minderheit sind Begriffe, die man bei uns in der deutschen Schweiz bis heute in Bezug auf unsern eigenen Staat überhaupt gar nicht kannte. Ebensowenig benkt man bei uns in sprachlich-kulturellen Dingen irgendwie machtmäßig. Man bringt es ja im Gegenteil in dieser hinsicht oft nicht auf bas bescheidenste und notwendige Mag von Selbstbewußtsein. Sicher aber ift, daß der Deutschschweizer sich in der eidgenössischen Politik immer nur von bem Bebanken an ben Staat, an bas Besamtvaterland leiten läßt. Er hat in ben vergangenen anderthalb Jahrzehnten genügend Proben dafür abgelegt. Seine Opfer und der Berzicht, sich als Deutsch schweizer zur Geltung zu bringen, gingen dabei wohl gelegentlich weiter, als - im Gesamtintereise - angebracht war. Denn, was Leute wie Grellet und Rigaffi den Deutschschweizern vorwerfen, das ist bei ihnen und bei manchen ihrer engeren Landsleute selbst vorhanden: jprachlich = fultureller Machtwille. Und eben dadurch kommt ein am bisherigen Buftand gemeffen - un fachlicher Beweggrund in die eidgenöffische Politik hinein, beffen unheilvolle Wirkung nur bann auf ein Mindeftmaß zurudgeführt werden fann, wenn er auch in ber beutschen Schweiz richtig als solcher erfannt wird.

Etwas anderes ist es, wenn Rigasi bei seiner Behauptung, in der eidgenössischen Politik spiele nicht mehr die Freiheit, sondern die Macht die Hauptrolle, vorwiegend an die politisch en Parteien denkt. Auch das Mißtrauen gegen alles, was von Bern kommt, von dem Ballotton spricht, gehört dann in dieses Kapitel. Es handelt sich hier dann eben um die große Beränderung, die unsere parteipolitischen Berhältnisse seite Stimme der Regierungspartei oder der Oppositionspartei. Gab er sie der Regierungspartei, dann wußte er, daß diese eine sachliche, auf das Gesamtwohl gerichtete und alle Einzelteile gerecht derücksigende Politik versolgen mußte und — konntel Letztees, weil sie ederzeit über die absolute Mehrheit versügte, um ihren Willen durchzusetzen. Heute gesonderten Gruppen gegenüber. Dazu kommt noch der von den Gesichtspunkten einer nationalen Minderheit geseitete welsche Föderalismus. Das hat zur Folge, daß bei aller neuen Gesetzebung viel weniger mehr die Sache, als die Taktik den Ausschlag gibt. Die Regierung muß die Justimmung der Parteien zu ihren Borlagen durch irgendwelche Zugeständnisse, die nichts oder nur wenig mit der Sache zu tun haben, erkausen. Das Ende ist ein Komprom iße ch arakter der neuen Gesetze und Berfalssind soer nur wenig mit der Sache zu tun haben, erkausen. Das Ende ist ein Komprom iße ch arakter der neuen Gesetze und Berfalssindisse die ki mmungen, der niemand bestiedigen kann und gegen den das Bolk sich dann oft durch eine

blinde Berneinungswut zur Wehr fest.

Anderseits find auch bie Bahlen etwas, mas bem Stimmburger immer mehr Abneigung einflößt. Der Aufwand für sie wird immer größer, immer amerikanischer, und gleichzeitig werden sie selbst immer inhaltsleerer. Auch ber Wahlkamps geht nicht mehr um eine Sache, sondern lediglich noch um Taktik. Ein Vertreter mehr oder weniger in diese oder jene Behörde, darum wird mit einer Erbitterung gerungen, die einer besseren Sache wert wäre. Darum auch stets die Ernüchterung nach dem Wahlkag. Es bleibt so oder so alles beim Alten. Hat die sog. revolutionäre Partei "gesiegt", dann muß sie krampshaft eine mäglichst hürgerliche" Livie einhalten um bei der nächsten Wahl nicht eine möglichst "bürgerliche" Linie einhalten, um bei der nächsten Wahl nicht wieder um ihren Gewinn zu kommen. War der "staatserhaltende" Block sieg-reich, dann hält er drei Jahre lang möglichst Linkskurs, um nicht im nächsten Bolksurteil um seine Stellung zu kommen. Darum geben immer weitere Bolksichichten und Berufsgruppen, die an ihrem eigenen Bohl- oder Schlechtergeben, nicht aber an dem inhaltsleer geworbenen Streit ber Parteien interessiert find, ihre Stimme einem Bertreter ihres Berufsstandes, nicht aber einem solchen einer "politischen" Partei. Man nennt das Berwirtschaftlichung der Politif. Man könnte es aber ebensogut Wiederverinhaltlichung der Politik nennen. Bugegeben allerdings, daß in dem Augenblick, in dem eine Bolksvertretung rein nach berufsständischen Gesichtspunkten gewählt wird, die Zahl und mit ihr das Parlament ihren Sinn verlieren. Denn die Mehrheit hatte in einer solchen "Bolksvertretung" dann einfach die Bertretung derjenigen Beschäftigungsart, ber, zufolge der volkswirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Landes, am meisten Stimmbürger nachgehen. So würde also irgend eine Berufsschicht über alle andern Berufe herrschen und die Politik nur nach ihren eigenen Standesinteressen bestimmen. Die Sozialbemokratie hat bekanntlich lange bazu geneigt, die Standesinteressen der Industriearbeiterschaft mit dem Staats= und Volkswohl überhaupt gleichzusetzen. Trothem sehen wir heute den Stimmbürger immer mehr diesen Weg der Standesinteressenvertretung gehen. Und das ist auch das gescheiteste, was er noch tun kann. Er lernt so am ehesten wieder für eine Sache, und nicht bloß mehr für Phrasen und Schlagworte kämpsen und einftehen.

Allerdings ist das im besten Fall ein Ansang, aber noch lange nicht der Wiederaufbau unserer auf den Hund geratenen Politik. Wie soll man sich denn biesen denken? Es gibt dafür kein alleinseligmachendes Rezept. Denken wir aber etwa an die Zeit vor hundert Jahren, wo eine kleine Schicht politisch ehrzgeiziger, Beruf und Stellung suchender Leute sich an die Spize der breiten

Bolksichichten stellten, die von einer liberalen Umgestaltung der disherigen Berfassung nur Borteil haben konnten. Ihr Werk sind die liberalen Versassungen in den Kantonen und schließlich die Bundesversassung von 1848. Gibt es nicht heute vielleicht auch wieder breite, die Mehrheit bildende Bolksschichten, die von einer wesentlichen Umgestaltung jener liberalen Versassungen nur Vorteil hätten? Noch immer verzehrt sich heute ein Hauptteil unserer politischen Kraft in der Gegeneinanderhehung der Stimmbürger nach dem Schema: hie staatsseindliche, hie staatserhaltende Bürger. Als ob es lehten Endes heute noch darum ginge. Der Sozialis (Huber, St. Gallen) hat zur eidgenössischen Strafrechtsvereinheitlichung gesast: "Gerade das einheitliche Recht ist das wichtigste Kennseichen eines Staates," während der dürgerliche Wesste Föderalist die Rechtsvereinheitlichung als Landesgesahr und Keim der staatlichen Zersetzung bekämpft. Am 1. Mai flaggt der mehrheitlich sozialistische zürcherische Stadtrat sein Amtssedände mit den Fahnen des zürcherischen und eidgenössischen Staates. Ist das nicht wie ein Gleichnis dasur, daß der Sozialismus in den Staate sineinsgewachsen ist? Es komme aber darauf an, wer in diesem Staate regiere. Nun es soll derzenige regieren, der es am besten kann. Und darüber steht für die Zukunft noch nichts geschrieden. Bor alsem handelt es sich aber beim Regieren in Zeiten des Abergangs wie der unsrigen nicht bloß um Berwalten, sondern auch um Gestalten. Wer wird dazu Wille und Fähigkeit besisen?

Die Aussprache über die Strafrechtsvereinheitlichung hat wieder ein paar Streiflichter auf die Einstellung der verschiedenen Volksgruppen zum Staat geworfen. Den freisinnigen Burgersmann überkam es wie eine Erinnerung aus guter alter Zeit, als er wieder einmal ohne hintergedanken für Stärkung und Weiterausbau bes Bundesstaates eintreten durfte. Neben bem Sozialisten sand auch der Bauer, es sei wirklich an der Zeit, "etliche kantonale Grenzpfähle einer einheitlichen Ordnung für die ganze (kleine) Schweiz zu opfern" (Wunderli im "Zürcher Bauer"). Bon den Katholiken stimmten nur drei welschschweizerische gegen Eintreten. Alle übrigen dafür. Das katholische Bolk ist heute viel zu eng mit unserm Staat verwachsen und auch zu sehr über alle Kantone zerstreut, als daß seine Bürger noch eine grundsätliche Oppositionspolitik gegen den Bundesstaat treiben könnten; abgesehen bavon, daß manche armere tatholische Kantone in besonderem Maße auf Bundesunterstützungen auf verschiebenen Gebieten angewiesen sind. Man bietet auch beswegen lieber die Hand zur Mitarbeit, weil man so eher die Möglichkeit hat, die eigenen Wünsche zu einer Borlage zur Geltung zu bringen. Die Abstitumung über die Todesstrafe zeigte die Katholiken auch unter sich selbst unseins. Von den 42 katholischen konservativen Nationalräten stimmten nur 28 das für, die übrigen bagegen. Möglicherweise hat hier auch die Sorge mitgewirkt, burch Unnachgiebigkeit einer freisinnig-bäuerlich-sozialistischen Ginheitsfront zu rufen.

Auch die staats und versassungspolitischen Umwälzungen der jüngsten Beit (Rußland und Italien) haben gezeigt, daß in entscheidenden Augenblicken weniger die Jahl, als selbstbewußter Wille und politisch geschulte Intelligenz den Ausschlag geben. Das gilt auch für versassungspolitische Umgestaltungen, die mehr oder weniger friedlich vor sich gehen. Natürlich gehören die politisch aktivierten Massen, die bei einer Anderung etwas zu gewinnen haben und die sich dessen bewußt sind, notwendigerweise dazu. Aber es geht nicht ohne das Gehirn. Und das hat seinen Sit in den Köpfen einer verhältnismäßig klein en Schicht von Leuten, die politischer Wille und Ehrgeiz besselt und die über eine geschulte politische Intelligenz verssügen. Wächst bei uns eine solche Schicht heran? Die ständige Klage aller politischen Parteien über Mangel an Nachwuchs kann vorerst weder als Anseichen dafür noch dagegen angesehen werden. Daß das junge Geschlecht kein großes Verlangen hat, seine Kraft in den Dienst des jetzigen Parteigetriedes zu stellen, wo so viel leeres Stroh gedroschen wird, muß z. T. als verständlich erscheinen. Anderseits kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß in den Kreisen der jüngeren Intelligenz, einschließlich der sog. Literaten, jener Geist

noch wenig Einkehr gehalten habe, der die Einzelpersönlich keit nicht mehr als etwas leinen Beverschied bie Giptes und als Eigenwert erkennt, sondern als etwas in eine Gemeinschaft Hineingestelltes, das seinen Wert erst durch seine Stellung in dieser erhält. In Form und Inhalt unseres Geistes sind wir nur Teiläußerung einer Geistesgemeinschaft. Das leugnen zu wollen, hieße sich vereinzeln, sich selbst entwurzeln. Keiner ist etwas außer durch sein Volk, keiner wird etwas, als durch den Dienst an seinem Volk. Nach einem Zeitalter schrankenlosesten Individualismus dieses Bewußtsein wieder zu gewinnen, ist der einzige Weg, auf dem wir Angehörige der Bildungsschicht uns wieder zur Politik, zur Arbeit für die Volksgemeinschaft zurücksinden. Aus andern Gründen Politik treiben, wäre sur uns nur eine Jagd nach Sesseln oder Wichtigtuerei. Zürich, den 6. Mai 1928.

Sans Dehler.

Jur politischen Lage.

Bahltag in Paris. — Das Ergebnis der französischen Kammerwahlen. — Die Quittung im Elfaß.

Am Abend des zweiten französischen Wahlsonntages war in Paris recht wenig davon zu merken, daß eben für vier Jahre die Entscheidung über die Zusammensehung der Kammer und damit im Grunde genommen über die französische Politik gefallen war. Das Leben auf den Boulevards nahm seinen geswohnten Gang. Nur wenn man von den hellerleuchteten breiten Straßenzügen in die engen, dunklen Seitengassen abbog, konnte man hie und da auf lange Reihen abgesessener Kavallerie oder andere bereitgehaltene Polizeistreikkräfte stoßen, die hier geduldig Stunden und Stunden lang warteten. Die Behörden hatten sich also vorgesehen. Sie kamen aber nirgends in den Fall, die Streitskräfte einzusehen. Dafür war die Erregung der Menge nicht stark genug.

Man hatte überhaupt den Eindruck, daß der Pariser den Wahlen ziemlich gleichmütig gegenüberstand. Während der Abstimmungszeit war auf den Straßen

Man hatte überhaupt ben Eindruch, daß der Parifer den Wahlen ziemlich gleichmütig gegenüberstand. Während der Abstrimmungszeit war auf den Straßen einen besonderes Leben zu merken. Da hat Zürich für seine Stadtratswahlen einen ganz andern Betrieb sertig gedracht. Selbst im Plakatieren, der einzigen öfsentlichen Wahltätigkeit, kamen einem die Pariser Leistungen recht armselig vor. An einzelnen Straßenecken waren von der Stadt hölzerne Wände aufzgestellt worden, auf denen die jedesmal mit der Unterschrift eines Kandidaten versehenen roten, blauen, grünen Zettel klebten. Es war aber da außer einer sehr schwülstigen Rethorit und einer Menge allerpersönlichster Anwürse nicht viel zu bemerken. Wenig Wis, wenig Sachlichkeit, dasür aber umso mehr Spekulationen auf die einsachsten Interessen der Steuern, mit einzelnen ofsendar sehr unbeliebten Sonderadgaben, mit den Jnteressen der Wirte, der Ladeninhaber, der Angestellten u. s. wurde da gesochten. Die bürgerlichen Gruppen balgten sich um die mehr oder weniger nahe Zusgehörigkeit zu Poincaré, die ossenhaben zuch ihrer Ansicht beim Wähler viel gelten mußte. So beherrschten die innerpolitischen Fragen das Feld, vor allem aber Hinanze und Steuerfragen. Die Wirkung des Währungsverfalls muß in Frankeicht ungeheuer gewesen sein, sodaß man diese Essahr noch heute als Hauptschlagwort sür die Wahlen benutzen kann. Demgegenüber traten außenpolitischer Fragen stark zurück. Bon Links her arbeitete man mit der Parose gegen den Krieg, sür die Bahlen benutzen kann Demgegenüber traten außenpolitischer Vragen stark zurück. Bon Links her arbeitete man mit der Parose gegen den Krieg, sür die Bachen benutzen kandidat solgendes: Jur Zeit des Kartels dagegen sturde ein nationale Randidat solgendes: Jur Zeit des Kartels dagegen Hark zurück, aus die bevorstehenden deutschen Wahlen spieste dieserwältigenden Höhe heilt sich fast die gesante Wahlliteratur. Zwei Dinge aber stachen daraus hervor, die Volksümlichseit Poincarés und die großen Mittel und hestigen Anstrengungen der Rechtstreise, des Nat

Für die gleichgültige Haltung der breiten Massen lieferte auch die Aufnahme der von allen großen Zeitungen den ganzen Abend hindurch und bis spat in die Nacht hinein mitgeteilten Ergebnisse einen Beweis. Vor den Säusern der befannten Boulevardblätter jammelten sich feine großen Saufen von Reugierigen. Bloß vor dem zu äußerst Rechts stehenden "Echo de Paris" standen einige Tausend Anhänger des Nationalblocks. Das "Echo" hatte von allen großen Blättern den Kamps am leidenschaftlichsten geführt. Es hatte überall den nationalen Block gegen die Linksparteien zu bilden gesucht. Von seinen Resdakteuren hatte sich besonders de Kérillis, der Fliegerheld von Karlsruhe, während der Wahlen sehr eingesetzt. Hier sammelten sich denn auch die Scharen der nationalen Jugend und die eifrigen Anhänger des Nationalblocks, um das Ergebnis ihrer Bemühungen zu ersahren. Mit Genugtuung, mit lang anschieden Ansicklichen Ansicklichen Ansicklichen Meister Bemühungen zu ersahren. haltendem Beifall wurden die meiftens gunftigen Berichte aus den Parifer Bahlfreisen aufgenommen. Stürmischen Beifall erzielten die Siege der Bürgerlichen in von bekannten Kommunisten umfämpften Wahlbezirken. Mit Pfeisen und Bijden wurde dagegen der Sieg Cachins aufgenommen. Aber auch Painlevé und andere Linkspolitiker aus dem bürgerlichen Lager fanden keine Gnade. Die Niederlage Blums einem Kommunisten gegenüber wurde wohl gegönnt. Wahre Stürme bes Unwillens erregten bagegen wiederum die furz nacheinander eintreffenden Nachrichten von der Wahl der Autonomisten im Elsaß. Und die Bemerkungen, die man bagu aus der Menge hörte, ließen erkennen, daß die Parifer Preffe mit großem Erfolge eine völlig unfinnige Borftellung von ben Berhältniffen im Elfaß großgezogen hatte.

* *

Das Gesamtergebnis der Neubestellung der französischen Kammer hat ungesähr den Erwartungen entsprochen. Sowohl die Abnutung des Kartells der Sozialisten und Linksbürgerlichen als bisherige Mehrheitsparteien als auch das neue Wahlversahren haben ihre Wirkung getan. Die erstere Tatsache zussammen mit der starken Zersplitterung der Linksparteien hat die Sozialisten und besonders die Radikalen eine Anzahl von Siten gekostet. Die Einerwahlstreise und ganz besonders deren gute Zurechtstutzung durch das Kartell haben diese Niederlage in erträglichen Grenzen gehalten. Den Gewinn hat die Rechte davongetragen, die im Wahlkampf verhältnismäßig geschlossen auftrat. Ihre Mandatzahl hat sich wesentlich erhöht. Man kann also von einem Ruck nach Rechts sprechen.

Immerhin ist die Lage nicht völlig geklärt. Das französische Parteiwesen ist derart zersplittert und derart im Flusse, ohne scharse Gruppen und bestimmte Programme, daß sich im Parlamente noch manche Aberraschung ergeben kann. Je nach den Umständen können sich ganz neue Gruppierungen herausbilden.

Je nach den Umständen können sich ganz neue Gruppierungen herausbilden. Dazu ist die Verschiedung nicht so start gewesen, daß klare Verhältnisse geschaffen worden wären. Noch halten die scharf rechts und scharf links gesrichteten Gruppen einander die Wage. Die Entscheidung liegt bei der ziemlich breiten Mitte, einem bunten Durcheinander von Gruppen und Grüppchen, deren Anschluß nach Rechts oder Links von Fall zu Fall schwankt und schwanken wird.

Herrscht. Ihm ist am Wahltag von der Masse der Wähler das Zutrauen aussgesprochen worden. Er wird die französische Politik der nächsten Zeit machen. Die Wahlen haben ihm darin größere Bewegungsfreiheit verschafft. Das Linkskartell ist nicht mehr in der Lage, durch seine Mehrheit gefährlich zu werden. Die Rechte aber ist noch nicht so stark, daß sie die Regierung ihrerseits allein beherrschen könnte. Gerade deswegen aber wird Poincaré einstweilen wohl weder an der Zusammensehung seines Kabinetts noch am Kurs in der Junensund Außenpolitik viel ändern. Es bleibt also vorläusig im großen Ganzen beim Alten.

Interessant wird es sein, die nunmehrige Haltung Poincarés Deutschland gegenüber zu beobachten. Wird er die Politik Briands auch fortsetzen, wo er jetzt freiere Hand hat? Wird er sie auch nach den deutschen Wahlen fortsetzen? Auch hier wird es wohl nicht große Anderungen geben. Denn die internationale Lage ist nicht berart, daß jie Frankreich auch unter Poincares Führung große Sprünge gestattet. Alle Staaten sind bis zu einem gewissen Grabe festgelegt.

Bon den Einzelergebnissen der Kammerwahlen ist das Abschneiden der Rommunisten wohl eines der wesentlichsten. Die Regierung hat gegen sie seit langem mobil gemacht. Ein erheblicher Teil ihrer Führer sitt hinter Schloß und Riegel. Die nationalistische Presse hat den Kamps gegen sie in schärsster Weise geführt. Und die französische Presse hat auch mit Frohloden den Berlust der Hälfte der kommunistischen Mandate festgestellt. Im Grunde aber ist kein Grund zur Freude vorhanden. Die Kommunisten sind zwar nicht stark angewachsen, sie haben aber ihre Stimmenzahl boch vermehren können. Der Mandatverlust ist nur dem jetigen Wahlrecht und nebenbei auch der von Mostau vorgeschriebenen Wahltaktik zu verdanken. Er zeigt schlagend, wie wenig gerade bei diesen Wahlen die Stimme des Wählers zur Geltung gekommen ist. Die Sozialisten und die Kommunisten stehen in der erreichten Stimmenzahl gar nicht weit auseinander. Die Sozialisten aber besitzen gerade siebenmal so viel Mandate wie die Kommunisten!

Einen weit nachhaltigeren Eindruck aber als das Gesamtergebnis der französischen Kammerwahlen hat in der ganzen Welt der Wahlausgang in Elsaß = Lothringen gemacht. Er bedeutet die schlimmste Bloßstellung und den ernstesten Rückschlag, den die Politik Poincarés seit langem erlebt hat. Der Ministerpräsident hat ja selbst alles getan, um die Aufmerksamkeit der Welt darauf zu lenken. Schon die behördlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Autonomisten, die massenhaften Hausdurchsuchungen, die Berhaftungen, die Zeitungsverbote hatten Aufsehen erregt. Nicht zufrieden damit hat sich dann Poincaré selbst nach Straßburg zu einer groß aufgemachten, hochoffiziellen Bersammlung begeben und hat dort die Bernichtung der bosen Autonomisten durch die bevorstehenden Wahlen angefündigt. In aller Form hat er diese ichlechten Frangofen in Acht und Bann getan.

Die erste Quittung barauf gaben die Stadtratswahlen in Hagenau. Hier war auf Betreiben der das Ohr der Regierung völlig besitzenden wütenden französischen Nationalisten der "national unzuverlässige" Stadtrat aufgelöst worden. Der Erfolg war, daß die schlechten Franzosen einen völlig Sieg ersrangen. In Paris war die Verlegenheit groß. Schließlich erklärte man auch

bie Sieger für gute Batrioten!

Die beiden Wahltage für die Kammererneuerung haben jest der französischen Gewaltpolitik die zweite Quittung gegeben. Und doch hatte man ja alles getan, um die Autonomisten mundtot zu machen. Seit beinahe einem halben Jahr ist ihre gesamte Presse verboten. Seit 3—4 Monaten sitzen alle namhaften Wortführer der Autonomisten im Gefängnis. Der Regierungschef felbst und Retter bes frangosischen Frankens hat jede Stimme für die Autonomisten als Stimme gegen Frankreich bezeichnet. Die französische Presse in und außerhalb bes Elfaffes hat feit Wochen die Stimmabgabe gegen die Autonomisten als patriotische Pflicht verkundet. Der gesamte Berwaltungsapparat war seit Wochen in fieberhafter Tätigkeit und er hat bekanntlich in Frankreich viele und wirksame Mittel zu seiner Berfügung. Mehr hatte man auf keinen Fall leiften tonnen.

Dieser ganzen Mache gegenüber hat das Bolk in Elsaß-Lothringen gezeigt, wie es denkt. Seine Antwort ist so unzweideutig ausgefallen, daß diesemal auch in Paris die Lust zur Berschleierung und zur Umfälschung verzgangen ist. In Straßburg und in Paris sind die französischen Nationalisten wie vor den Kopf geschlagen. Sie können sich das Ergebnis nicht anders ersklären als dadurch, daß die Bevölkerung verrückt geworden sei. So äußert sich das "Journal de l'Est". Gerade eine große Selbsterkenntnis steht hinter solchen Aussprüchen nicht und große Hoffnungen für die Zukunft lassen sie auch nicht zu. Es kommt den Leuten gar nicht in den Sinn, den Fehler bei sich selber,

d. h. in der auf ihr Anraten seit 1918 betriebenen französischen Politik mit ihrer rücksichtslosen Berwelschung zu suchen.

Sehen wir uns nun die Ergebnisse im Einzelnen an! Es gab im Oberelsaß zwei ausgesprochen autonomistische Kandibaturen, die ohne jede Unterstützung durch eine bestehende politische Partei ausgestellt worden waren, die der beiden Katholisen Ricklin und Rossé. Beide sind gewählt worden, gegen die katholische Partei, ja gegen alle bestehenden Parteien. Im Unterelsaß waren vier ernsthafte autonomistische Kandidaturen ausgestellt worden, zwei katholische in Weißendurg und Hagenau, eine liberale in Zabern und schließlich die des Herausgebers der "Zukunst" in Straßburg. Bon ihnen ist Camille Dahlet als Vertreter der Liberalen in Zabern gewählt worden. Kené Hauß, der Sohn des bekannten frühern Zentrumssührers, kam in Hagenau dem offiziellen Führer der katholischen Partei sehr nahe. Er wäre sicher im zweiten Wahlgange gewählt worden, wenn er nicht aus irgend einem Grunde verzichtet hätte. So konnte der wetterwendische Katholisensührer Walter wieder in die Kammer einziehen. In Straßburg und Weißendurg erzielten die autonomistischen Kandidaten wenigstens einen Uchtungsersolg. In Lothringen waren drei heimatrechtliche Wahlbewerder ausgetreten, durchweg Katholisen und durchweg entgegen den offiziellen Parteikandidaturen. Einer von ihnen wurde gewählt, die beiden andern erreichten ebensalls ansehnliche Stimmenzahlen.

Die zweite Gruppe der öffentlich für die Autonomie eintretenden Kandisdaten stellte die kommunistische Partei. Sie hat ohne Zweisel gerade deswegen in Elsaß-Lothringen sehr günstig abgeschnitten. Ihre Stimmenzahl ist durchweg stark gestiegen, am meisten da, wo keine autonomistischen Bewerder auftraten. So sind statt einem nun drei Kommunisten gewählt worden, in Straßburg einer und in Lothringen zwei. Daneben hat freilich der bisherige kommunistische Absgeordnete Huber in Straßburg-Land nicht durchdringen können.

Während so die offenen Autonomisten überall den Hauptgewinn aus der im Bolke herrschenden Stimmung davontrugen, zog auch die katholische Partei mit ihren mehr oder weniger offen dem Autonomismus zuneigenden Vertretern einen Vorteil daraus. Man findet als Führer der Katholiken alle Schattierungen von dem erklärten Freund des Autonomismus Brogly bis zu dessen erbitterten Gegnern. Der Wahltag hat deutlich gezeigt, daß die Zustimmung der Wählermassen den ersteren liegt. So ziehen denn auch unter den katholischen Parlamentariern aus dem Elsaß und aus Lothringen eine Reihe von Anhängern der Heimatrechte nach Paris.

Fast noch bezeichnender als die Liste der Gewinner im Wahlkampf ist diesienige der Berlierer. Unter ihnen ragt einmal hervor die sozialistische Partei, die in deutscher Zeit zwar die Vorkämpferin der Autonomie war, jetzt aber den französischen Zentralismus mit blindem Eiser versicht. Sie hat dafür die Quittung erhalten. Ihre Stimmenzahl hat in allen Wahlkreisen einen Rücksgang erlebt, der vielsach bis zur Hälfte, ja darüber hinaus geht. Schlimm zerzaust sind auch die bürgerlichen Gruppen der Radikalen und Demokraten aus dem Kampf gekommen. Von ihnen ist stellenweise nur ein schäbiger Kest übrig geblieben. Von den nationalen Kandidaturen, die französisch ohne Vorbehalte waren, haben die meisten nicht einmal einen Achtungsersolg fertig gebracht.

Die Vertretung Essas Lothringens in der französischen Kammer war bisher unbedingt zur Verfügung Poincarés und der französischen Regierungspolitik. Nur schüchtern wurden die Forderungen des Landes vertreten. Damit wird es jett ein Ende haben: drei Kommunisten, drei Antonomisten und dazu noch versschiedene autonomistische Katholiken nehmen jett die Site von ebenso vielen guten französischen Nationalisten ein.

Wird sich Frankreich baraus eine Lehre nehmen? Wird es den zenstralistischen Verwelschungskurs aufgeben? Wird es von seiner Polizeis und Geswaltherrschaft nun ablassen? Darauf hat in seinen letten Sonntagsreden Poinscaré bereits die Antwort gegeben: Die Elsässer und Lothringer sollen in erster Linie französisch lernen und sich völlig an Frankreich anfügen! Das heißt also, daß die bisherige Richtung beibehalten werden soll. Ob dabei die Gewalt weiter

herrschen soll, darüber wird der Ausgang des großen Colmarer Autonomistenprozesses bald Auskunft geben. Aber eines wird man sich dabei in Frankreich fagen muffen: Die frangofische Politit in Eljag-Lothringen wird bei diefer Entscheidung die Aufmerksamkeit der gangen Belt auf fich gerichtet feben.

Marau, den 7. Mai 1928. Seftor Ummann.

Rultur- und Zeitfragen

Von deutschem Städtebau.

Städte ftellen die durch Lebensnotwendigkeit bedingten Beziehungen der Menschen dar. Die Gemeinsamkeit der Niederlassung erfordert Unterordnung des Einzelnen unter eine ichutende und ordnende Macht, die die Intereffen jusammenfaßt. Diese schafft sich in Burg, Rathaus und schließlich in höherem Sinne in ber Rirche ihren baulichen Ausbruck. Das emporfteigende Burgertum überantwortet die Macht einer Mehrheit führender Berfonlichkeiten, deren Gelbftgefühl sich im großsinnigen Wohnbau behauptet. So ergibt sich uns aus abstratter Perspettive Buchs und Besen bes Städtebaus. Steigen wir nieder ins volklich Begrenzte und Bestimmte des Gestaltens, so weisen die Fäden hinaus über das bloß Städtebauliche, laffen uns aus dem Formcharafter einer Land= schaft, dem Strophenbau eines Liedes, dem Kompositionsgeset eines graphischen

Blattes Einblick nehmen in die volkliche Eigenart.

Ein Wandern durch alte deutsche, etwa mitteldeutsche Städte reißt uns mächtig hinein in ein erstaunlich Besonderes, Intim-Menschliches, das an uns heranrückt und Seelenklänge ins Schwingen bringt. Was ist es, das uns so anfällt? Es liegt darin, daß alle Saiten zum Klingen kommen, daß jeder Bau, seinem Vermögen gemäß, sein Sondertum verkündet und diese individuellen Raute sich dennach zu maklachundanen Waldsie ausenwausstließen Waldsie ausenwausstließen Laute sich bennoch zu wohlgebundener Melodie zusammenschließen. Anlage und Ausbau der Straßenzüge sind durchaus eigenwillig, unlogisch, als wären ihnen innerhalb der Umfriedung die tollsten Sprünge erlaubt. In Braunschweig, in Hildesheim eilen sie in einem Satz voran, holen Atem auf einem ruhigen Platz, schnellen katenbudlerisch auf, biegen spitwinklig um und gelangen schließlich an ben Wall, wo sie in schweigendem Areis die Stadt umlausen. Oder sie wenden in Nürnberg und Bamberg sich flink ins Innere, hüpfen über eine Brücke, die den Fluß überspannt und jubeln in eine Anhöhe empor. Fachwerkbau mit vorskragendem Obergeschoß und hoch ausschießendem Dach gibt Nürnberg und Rothenburg, Hildesheim und Braunschweig die bestimmende Note. Das spielt sich da aus von sachlichster bis zu abwegister Gestaltung samph im Ausschlich sich da aus von sachlichster bis zu abwegigfter Gestaltung, sowohl im Aufban wie Ausbau. Die etwas schematischen, mehr allgemeingültigen Formen der Renaissance wurden im deutschen Kulturkreis nirgends recht heimisch, die frei schöpferischen Impulse des Barock waren dem Ausbrucksbedürfnis eines individuell veranlagten Volkes besser verschwistert. Abseits und traumverloren spiegelt sich in Bamberg der vornehme Palast der "Concordia" in den stillen Gewässern der Regnit, das Rathaus aber setzt sich ausgesucht auf der Brücke fest, welche die Berbindung wichtiger Stadtteile bildet. In kraftvoller Aussformung sendet es hüben und drüben dem Kommenden einen Balkon entgegen und winkt zum Durchgang, den es wie ein Torbogen freundlich gewährt. Das Eigentümelnde baulichen Ausdrucks macht sich überall geltend, wo deutsches Fühlen sich ausspricht. Auch in unserm Lande sinden wir es abgewandelt, zu nimmersatter Austürmung sich konnisionen wie am Bindermerkt der Günden nimmersatter Aufturmung sich kaprizierend wie am Rindermarkt ber Burcher Altstadt, schwerfälliger und zögernder in Bern, am bewegtesten baselbst vielleicht in der Nydeckpartie.

hinausstrebend über ben engen Rreis ber Ginzelhaftigkeit sucht ber Bürger gewerblichen und menschlichen Zusammenhang und bilbet innerhalb bes Gemeinbeganzen auf Nut und Frommen bedachte Zünfte. Die Gewerkschaft er-